

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 27

vom 12. Juli 2013
Redaktion: Katja Richardt

Arbeit, Soziales und Familie

Haasenburg: Vorwürfe bleiben unbestätigt 2

Gesundheit

222 mehr geborene Kinder in Hamburger Kliniken 4

Umwelt

Hamburg soll leiser werden 6

Umweltsenatorin Blankau eröffnet die neue Nationalparkstation auf Neuwerk..... 8

Wissenschaft und Forschung

Hamburg beteiligt sich an Langzeitstudie zur Erforschung von Volkskrankheiten 9

Wissenschaftssenatorin Stapelfeldt zur Wahl der neuen HAW-Präsidentin 11

Hamburger Hochschulen bei bundesweitem Professorinnenprogramm erfolgreich 12

Bezirke

Neue Bezirksamtsleiterin für den Bezirk Altona 14

Zur Information

Terminkalender 15

9. Juli 2013/basfi09

Haasenburg: Vorwürfe bleiben unbestätigt

Kein Hinweis auf Übergriffe gegen Hamburger Minderjährige

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) nimmt Stellung zu Presseberichten der vergangenen Tage über die Entweichung von drei Jugendlichen sowie über Vorfälle, die sich aktuell in Einrichtungen der Haasenburg GmbH ereignet haben sollen.

- Die Behörde kann Presseberichte nicht bestätigen, die besagen, dass es aktuell zu Übergriffen des Personals gegen Hamburger Minderjährige gekommen sei. Sowohl der in der vergangenen Woche entwichene Jugendliche als auch andere, die in den Einrichtungen der Haasenburg GmbH leben, sind in den letzten Tagen von den sie betreuenden Fachkräften ausdrücklich zu den in der Presse dargestellten bzw. vergleichbaren Vorkommnissen befragt worden. Keiner von ihnen hat diese bestätigt.
- Der Behörde liegen nach wie vor keine aktuellen Berichte darüber vor, die darauf hindeuten könnten, dass minderjährige Jugendliche aus Hamburg in den Einrichtungen der Haasenburg GmbH misshandelt werden. Die in den Medien bisher bekannt gewordenen Fälle beziehen sich auf minderjährige Jugendliche, die nicht aus Hamburg stammen. Darüber hinaus liegen die Fälle, die die Staatsanwaltschaft in Cottbus zurzeit überprüft, bereits mehrere Jahre zurück. Die Behörde hat die Staatsanwaltschaft in Cottbus befragt, ob auch wegen aktueller Vorfälle gegen Mitarbeiter und Träger der Haasenburg GmbH ermittelt wird. Dazu hat die Staatsanwaltschaft mitgeteilt, dass es um Sachverhalte aus früheren Jahren geht und dass es keine Ermittlungsverfahren wegen Übergriffen auf Hamburger Minderjährige gibt. Der Staatsanwaltschaft liegen aktuelle Anzeigen gegen einen Minderjährigen wegen Beleidigung von zwei Erziehern vor – der Minderjährige hat ebenfalls Anzeige gegen einen dieser Erzieher wegen Körperverletzung erstattet. Diese Vorfälle sollen sich am 16. April 2013 und 24. Juni 2013 ereignet haben; es handelt sich nicht um einen Hamburger Minderjährigen. Ferner sei es während der Durchsuchung der Einrichtung durch die Staatsanwaltschaft am 4. Juli 2013 zu einer weiteren Anzeige eines Bewohners gekommen. Es ist noch nicht klar, auf welchen Zeitraum sich die Anzeige bezieht. Klar ist aber, dass es sich ebenfalls nicht um einen Hamburger Minderjährigen handelte.
- Die Einrichtungen der Haasenburg GmbH, in denen Hamburger Jugendliche untergebracht sind, werden sehr häufig durch die zuständigen Hamburger Fachkräfte besucht: Im Laufe des Jahres

2012 fanden insgesamt 42 Vor-Ort-Besuche statt sowie in diesem Jahr bisher elf. (siehe Drucksache 20/8501) Die Fachkräfte des Familieninterventionsteams (FIT) nehmen grundsätzlich einmal wöchentlich Kontakt zu den von ihnen betreuten Minderjährigen auf; die Amtsvormünder sollen zudem einmal monatlich persönlichen Kontakt zu den Minderjährigen aufnehmen. Anhaltspunkte für Kindeswohlgefährdungen durch die Einrichtungen und ihre Mitarbeiter haben sich dabei nicht ergeben.

- Die Behörde kann bestätigen, dass sich drei Minderjährige in der vergangenen Woche unerlaubt aus einer Einrichtung entfernt haben und unter noch nicht geklärten Umständen bis nach Hamburg gelangt sind.
- Die Behörde kann nicht bestätigen, dass die Jugendlichen vom „Rauhen Haus“ aufgenommen worden sind. Der Bereich Kinder- und Jugendhilfe des Rauhen Hauses hat der Behörde versichert, dass die Jugendlichen dort nicht in Erscheinung getreten und von dort auch nicht betreut worden sind. Es hat aber Kontakte zu Mitarbeitern der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie gegeben.
- Einer der drei Jugendlichen ist inzwischen in die Einrichtung zurückgekehrt. Der aus Hamburg stammende Jugendliche wurde von der Polizei aufgegriffen und wird betreut. Weitere Einzelheiten können nicht mitgeteilt werden. (Siehe Kasten.)
- Die BASFI begrüßt die Einberufung einer Sondersitzung des Familienausschusses der Bürgerschaft. Im Rahmen dieser Sitzung wird es – im nicht-öffentlichen Teil – möglich sein, detailliert zu aktuellen Vorwürfen Stellung nehmen zu können.

Sozialdatenschutz

Aus Gründen des Sozialdatenschutzes ist es der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) nicht gestattet, Einzelheiten über die Lebensumstände der in den Einrichtungen der Haasenburg GmbH untergebrachten Jugendlichen sowie über die Hilfeplanung oder die Hilfeverläufe mitzuteilen. Insofern muss sie sich darauf beschränken, zu öffentlich gemachten Sachverhalten in allgemeiner Form Stellung zu nehmen.

Rückfragen der Medien

Olaf Dittmann

Pressestelle Senatorenbüro

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Tel.: +49 42863 – 2889

pressestelle@basfi.hamburg.de

12. Juli 2013/bgv12

222 mehr geborene Kinder in Hamburger Kliniken

Die Geburtenzahl in Hamburg ist im ersten Halbjahr 2013 gegenüber dem 1. Halbjahr 2012 angestiegen. Bei 10.226 Geburten kamen in den Hamburger Geburtskliniken im ersten Halbjahr 2013 insgesamt 10.439 Kinder zur Welt. Damit wurde die Zahl der geborenen Kinder gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres um genau 222 überschritten. Insgesamt kamen 2012 in den Hamburger Krankenhäusern 21.097 Kinder zur Welt.

Die höchsten Kinderzahlen verzeichneten im ersten Halbjahr 2013 das Kath. Marienkrankenhaus (1.590 Kinder), das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (1.340), die Asklepios Klinik Barmbek (1.337) sowie die Asklepios Klinik Altona (1.272).

Krankenhaus (alphabetisch)	Geborene Kinder 2012	Davon im 1. Halbjahr	Geborene Kinder 1. Halbjahr 2013
Agaplesion Diakonieklinikum Hamburg	1.509	744	774
Albertinen-Krankenhaus	2.224	1.093	1.040
Asklepios Klinik Altona	2.540	1.227	1.272
Asklepios Klinik Barmbek	2.655	1.295	1.337
Asklepios Klinik Harburg	718	349	335
Asklepios Klinik Nord	1.671	804	790
Asklepios Klinik Wandsbek	898	477	387
Bethesda Krankenhaus Bergedorf	702	331	334
Ev. Amalie-Sieveking-Krankenhaus	909	451	469
Helios Mariahilf Klinik Hamburg	1.686	850	771
Katholisches Marienkrankenhaus	2.930	1.306	1.590
Universitätsklinikum Eppendorf	2.655	1.290	1.340
Krankenhäuser insgesamt	21.097	10.217	10.439

Quelle: Hamburger Krankenhäuser

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

09.Juli 2013/bsu09

Hamburg soll leiser werden

Neun Maßnahmen und 12 Pilotprojekte für weniger Lärm

Der Senat hat heute ‚die zweite Stufe‘ des Lärmaktionsplan (LAP) für Hamburg 2013 zur Kenntnis genommen. Der LAP listet die Schwerpunkte der Stadt in den Bereichen Straßen- und Schienenverkehrs- sowie Fluglärm auf. Da besonders viele Anwohner von Straßenverkehrslärm betroffen sind, liegt hier sein Schwerpunkt.

Insgesamt stellt der LAP neun Maßnahmen vor, mit denen wichtige Beiträge zur Lärminderung geleistet werden können. Zu den bereits laufenden Vorhaben, die eine umweltverträgliche Mobilität fördern, gehören ein integrierter Verkehrsentwicklungsplan als strategische und verkehrsträgerübergreifende Planungsgrundlage und ein gesamtstädtisches Verkehrsmodell zur Simulation von Verkehrsabläufen dazu. Daneben sind die Ausweitung des betrieblichen Mobilitätsmanagements mit Beratung und Unterstützung von Unternehmen zur Reduktion von PKW-Fahrten, die Förderung der Elektromobilität sowie die Erarbeitung einer Pendler- und Besucherstrategie zur Erleichterung und Förderung des Umstiegs auf öffentliche Verkehrsmittel weitere wichtige Bausteine. Als wesentliche aktuelle Infrastrukturprojekte werden die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße und die sechs- bis achtspurige Erweiterung und Überdeckung der A7 benannt. Ein zu erstellendes LKW-Führungskonzept wird die Aufgabe haben, den Güterverkehr im Hinblick auf die Lärm- und Schadstoffbelastung auf möglichst kurzen und unsensiblen Routen zu führen.

Der LAP enthält weiter ein „Programm der lautesten Straßen“. In diesem Programm sollen zunächst die 40 lautesten Straßen auf ihre Eignung zum Einbau lärmindernder Fahrbahnbeläge, zur Senkung der zulässigen Geschwindigkeit oder zur Berücksichtigung passiven Schallschutzes wie z.B. Schallschutzfenster geprüft werden.

Außerdem enthält der LAP zwölf Pilotprojekte mit Vorschlägen für gezielte Lärminderungsmaßnahmen an einer Auswahl von Straßenabschnitten, die besonders betroffen sind. An vier Straßenabschnitten soll noch in diesem Jahr die Einführung von Tempo 30 zur Nachtzeit (22 bis 6 Uhr) überprüft werden: Winsener Straße (Bezirk Harburg; Abschnitt Jägerstraße bis zum Anschluss an die

A 253), Moorstraße und Harburger Chaussee (Bezirk Harburg; Abschnitt zwischen der Straße ‚An der Hafensbahn‘ und dem Beginn der gewerblichen Bebauung 500 m westlich) und Fuhlsbüttler Straße (Bezirk Wandsbek; Abschnitt zwischen der Barmbeker-Ring-Brücke und der Hellbrookstraße).

Als Lärminderungsmaßnahmen an **Schiensrecken** sind die Entdröhnung von Brückenbauwerken, Maßnahmen direkt am Gleis, Einsatz von Schallschürzen und Niedrigschallschutzwänden im Gleisbereich, aktiver Schallschutz in Form von Lärmschutzwänden sowie passiver Schallschutz in der Regel als Schallschutzfenster vorgesehen. Ausgeführt werden diese Maßnahmen von der Deutschen Bahn.

Fluglärm: Hier wird ebenfalls ein ganzes Bündel von Maßnahmen umgesetzt: Spezielle Bahnbenutzungsregeln zur Entlastung dichtbesiedelter Gebiete, lärmoptimierte Abflugrouten, eingeschränkte Betriebszeiten (Nachtflugbestimmungen), Kontingentierung des Fluglärms, lärmabhängige Landeentgelte, Betrieb einer Lärmschutzhalle für Probeläufe, betriebliche Regelungen am Boden, passiver Schallschutz über die gesetzlichen Anforderungen hinaus sowie Siedlungsbeschränkungszonen zur Vermeidung neuer Betroffenheit. Diese Maßnahmen werden in Zusammenarbeit mit dem Flughafen Hamburg ausgeführt.

Hintergrund:

Mit dem vorgelegten Plan wird der gesetzliche Auftrag der EU zur Erstellung eines Lärmaktionsplans erfüllt. Der LAP wird in den nächsten Tagen über das Bundesumweltministerium an Brüssel weitergereicht. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) wird die Prüfung und Umsetzung der Maßnahmen mit einem Controllingprozess steuern und verfolgen. Die Umsetzung der Maßnahmen wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Der LAP ist die Fortschreibung des ‚Strategischen Lärmaktionsplans‘ von 2008, den Hamburg nach Vorschriften der EU-Umgebungslärmrichtlinie von 2002 erarbeitet hatte. Nach ihr sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet, den Lärm von Hauptlärmquellen in Ballungsräumen ab 250.000 Einwohnern zu kartieren und Maßnahmen zur Lärminderung unter Beteiligung der Öffentlichkeit zu erarbeiten sowie anschließend in Aktionsplänen zusammenzufassen.

Den LAP hatte die BSU in Zusammenarbeit mit einem Ingenieurbüro für Verkehrsanlagen und -systeme erarbeitet und als Entwurf im Oktober 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt. Dem war von Juni 2009 bis Ende 2010 eine intensive Beteiligung der Öffentlichkeit über sehr gut besuchte ‚Lärmforen‘ in allen Hamburger Bezirken vorausgegangen. Dabei hatte in der ersten Runde die BSU den damaligen Stand der Lärmkartierung vorgestellt. In der zweiten Phase benannten Betroffene ihrer Meinung nach laute Stellen in der Stadt und machten z.T. gleich Vorschläge zur Lärminderung. Diese Vorschläge hatten anschließend das erwähnte Ingenieurbüro und Experten aus Fachbehörden und Bezirken geprüft und daraus eine Maßnahmenliste erstellt. Die war die Basis für den LAP-Entwurf im letzten Herbst und für die Fassung im Senat heute.

www.hamburg.de/laermaktionsplanung

Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle, Volker Dumann, 040-42840-3249, volker.dumann@bsu.hamburg.de

11. Juli 2013/bsu11

Umweltsenatorin Blankau eröffnet die neue Nationalparkstation auf Neuwerk

Nachdem Senatorin Blankau bereits im September 2011 auf Neuwerk die Urkunde zur Aufnahme des Nationalparks Hamburgisches Wattenmeer in die UNESCO-Welterbe-Liste entgegengenommen hatte, besucht sie jetzt erneut Neuwerk, um sich über den Zustand und die weitere Entwicklung zu informieren. Diesmal nimmt sie an einer Wattwanderung zur Insel Scharhörn teil und eröffnet anschließend den Neubau der Nationalpark-Station Neuwerk.

Dieser Neubau war nötig geworden, weil das bisherige Dienstgebäude von 1904 aus Sicherheitsgründen geschlossen werden musste. Da eine Sanierung unwirtschaftlich gewesen wäre, wurde zunächst das alte Gebäude abgerissen und durch einen Neubau an gleicher Stelle in annähernd gleicher Größe und mit den gleichen Funktionen ersetzt. Das neue Dienstgebäude mit KFW40-Standard spart im Vergleich zum alten erheblich Energie ein. Heizung und Warmwasseraufbereitung werden umweltfreundlich über eine geothermische Anlage und Solar-Panels erzeugt.

„Natürlich nutze ich gern die Gelegenheit, diese weltweit einzigartige Landschaft zu besuchen und mich über die Arbeit vor Ort informieren. Unser Nationalpark als Weltnaturerbe ist Hamburgs höchst dekoriertes Schatz. Mit dem neuen Dienstgebäude sind wir für unsere Aufgaben vor Ort wieder gut gerüstet, und können die vielfältigen Anforderungen, die uns nach den europäischen Naturschutzrichtlinien und von der UNESCO durch die Anerkennung als Welterbestätte aufgegeben sind, auch erfolgreich erfüllen und weiterführen. Ich freue mich, dass unser Neuwerker Ranger endlich wieder eine dauerhafte Dienstunterkunft beziehen kann“.

Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle, Volker Dumann, 040-42840-3249, volker.dumann@bsu.hamburg.de

9. Juli 2013/bwf09

Hamburg beteiligt sich an Langzeitstudie zur Erforschung von Volkskrankheiten

10.000 Hamburgerinnen und Hamburger können auf freiwilliger Basis zu ihrem Gesundheitsverlauf befragt und untersucht werden

Die Freie und Hansestadt Hamburg beteiligt sich mit einem Studienzentrum am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) an der groß angelegten Langzeit-Bevölkerungsstudie „Nationale Kohorte“. Ziel der Studie ist es, die Ursachen von Volkskrankheiten wie beispielsweise Herz-Kreislauferkrankungen, Krebs, Diabetes, Demenzerkrankungen und Infektionskrankheiten besser zu erforschen. An der Langzeitstudie mit insgesamt rund 200.000 Menschen und einer Laufzeit von zunächst zehn Jahren sind universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen aus insgesamt 14 Bundesländern beteiligt, die sich in dem Verein „Nationale Kohorte e.V.“ zusammengeschlossen haben.

In der Langzeitstudie werden Menschen im Alter von 20 bis 69 Jahren aus ganz Deutschland medizinisch untersucht und über ihre Lebensgewohnheiten befragt. Die Auswahl der Teilnehmenden erfolgt nach einem Zufallsprinzip anhand von Daten der Einwohnermeldeämter, eine aktive Bewerbung um eine Teilnahme ist daher nicht möglich. Jede ausgewählte Person erhält ein persönliches Anschreiben mit detaillierten Informationen zur Studie. Die ausdrückliche Einwilligungserklärung der angeschriebenen Personen ist Voraussetzung für eine spätere Teilnahme. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können ihre Einwilligung zu jedem Zeitpunkt widerrufen. Ebenso können sie festlegen, ob sie über Ergebnisse der Untersuchungen informiert werden wollen. Ein unabhängiger Beirat wird die Einhaltung der ethischen Standards kontrollieren. Ein mit dem Bundesbeauftragten für Datenschutz abgestimmtes Konzept gewährleistet einen sicheren und sensiblen Umgang mit den Daten.

Am Studienzentrum Hamburg sollen 10.000 Probanden untersucht und befragt werden. Allen Studienteilnehmern sollen darüber hinaus Bioproben entnommen werden, die für spätere Forschungsprojekte in einer zentralen Bioprobenbank gelagert werden. Die Untersuchungen werden durch die Abteilung Krebsepidemiologie und Klinisches Krebsregister sowie die Abteilung Medizinische Biometrie und Informatik des UKE durchgeführt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin für Wissenschaft und Forschung: „Je mehr Bürgerinnen und Bürger an der Studie teilnehmen, desto aussagekräftiger ist sie. Ich möchte alle Hamburgerinnen und Hamburger, die zur Teilnahme an der Studie gebeten werden, ermuntern, sich zur Verfügung zu stellen. Das UKE hat in der Epidemiologie eine hervorragende Expertise. Jeder einzelne Proband kann dazu beitragen, dass sich die medizinische Forschung stetig weiter entwickelt und wichtige Erkenntnisse für die Vorbeugung und Früherkennung von Krankheiten gewonnen werden können. Hiervon werden vor allem jüngere Menschen und nachfolgende Generationen profitieren.“

Prof. Dr. Martin Zeitz, Ärztlicher Direktor und Vorstandsvorsitzender des UKE: „Mit der Beteiligung an Deutschlands größter Gesundheitsstudie tragen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im UKE entscheidend dazu bei, Ursachen von Volkskrankheiten besser zu erforschen und neue Strategien für die Früherkennung und Prävention zu entwickeln. Die in ihrer Konzeption und Größe einzigartige Studie wird mit ihren Ergebnissen auch einen wesentlichen Beitrag für neue und sehr gezielte Behandlungsmethoden wichtiger Erkrankungen liefern. Dafür ist es wichtig, dass möglichst viele Hamburgerinnen und Hamburger an der Studie teilnehmen.“

Prof. Dr. Dr. Uwe Koch-Gromus, Dekan und Vorstandsmitglied des UKE: „Ziel der Studie ist es, neben den klassischen auch bisher weniger untersuchte genetische und umweltbedingte Risikofaktoren für häufige chronische Erkrankungen zu erfassen. Wir hoffen, in den kommenden Jahren vielfältige Informationen über den Gesundheitszustand der hier lebenden Menschen zu gewinnen – und neue, wirksame Möglichkeiten der Krankheitsvorbeugung zu schaffen. Auch für die epidemiologische Forschung am UKE kann die neue Studie ein zusätzlicher Motor und Impuls sein.“

Nach fünf Jahren werden alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer erneut zu einer Untersuchung und zweiten Befragung in die Studienzentren eingeladen. Der Zeitraum für die Durchführung der Basis- und Folgeuntersuchungen beträgt insgesamt zehn Jahre. Im Laufe einer geplanten anschließenden Nachbeobachtung über zehn bis 20 Jahre sollen die erhobenen Daten mit bestimmten Erkrankungen in Verbindung gebracht werden, die naturgemäß bei einigen Teilnehmern auftreten können.

Die Finanzierung der Nationalen Kohorte erfolgt anteilig aus zusätzlichen Projektmitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und der 14 beteiligten Länder sowie der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren mit insgesamt 210 Millionen Euro. Darüber hinaus bringen sich die beteiligten Einrichtungen mit Eigenleistungen ein. Die Gesamtausgaben am Studienzentrum Hamburg liegen bei ca. 9,83 Millionen Euro für zehn Jahre. Davon werden die Stadt Hamburg und das UKE zusammen rund 3,64 Millionen Euro tragen. Der Hamburger Senat hatte bereits Ende vergangenen Jahres die Weichen für die Teilnahme gestellt, eine entsprechende Drucksache wird der Bürgerschaft in Kürze zugehen.

Nach einer Pilotphase wird die Hauptstudie Anfang des kommenden Jahres starten. Mit der Studie können die Forscher wertvolle Erkenntnisse darüber gewinnen, wie genetische Faktoren, Umweltbedingungen, soziales Umfeld und Lebensstil bei der Entstehung von Krankheiten zusammenwirken. Aus den Erkenntnissen sollen Strategien für eine bessere Vorbeugung und Behandlung der wichtigsten Volkskrankheiten abgeleitet werden.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung
Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel

Tel: 040/42863-2322

E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
Leitung Unternehmenskommunikation und Pressesprecherin

Christine Trowitzsch

Tel: 040/7410-57553

E-Mail: c.trowitzsch@uke.de

11.07.2013/bwf11

Wissenschaftssenatorin Stapelfeldt zur Wahl der neuen HAW-Präsidentin

Der Senat der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) hat die einstimmige Wahl des Hochschulrats von **Prof. Dr. Jacqueline Otten** zur Präsidentin bestätigt. Sie wird ihr Amt am 1. März 2014 als Nachfolgerin von **Prof. Dr. Michael Stawicki** antreten, der der HAW seit 2004 als Präsident vorsteht und mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand geht.

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Ich beglückwünsche die HAW zur Wahl ihrer neuen Präsidentin. Frau Prof. Otten ist eine renommierte Hochschulmanagerin, die an der HAW bereits Anfang der 90er Jahre als damals jüngste Professorin Hamburgs ihre Fußspuren hinterlassen hat. Es ist ein gutes Zeichen, dass künftig eine Frau die HAW als eine der größten deutschen Fachhochschulen leiten wird. Mein Dank gilt bereits jetzt Herrn Prof. Stawicki, der seit fast einem Jahrzehnt Präsident der HAW ist und die Hochschule nachhaltig geprägt hat.“

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel

Tel: 040/42863-2322,

E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

12. Juli 2013/bwf12

Hamburger Hochschulen bei bundesweitem Professorinnenprogramm erfolgreich

Wissenschaftsbehörde stellt Kofinanzierungsmittel in Höhe von 1,2 Millionen Euro zur Verfügung

Um den Anteil von Professorinnen an den deutschen Hochschulen zu steigern, haben das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Länder im Jahr 2007 das „Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen“ ins Leben gerufen. Bereits an der ersten Programmphase haben Hamburger Hochschulen erfolgreich teilgenommen. In der ersten Bewerbungsrunde für die zweite Programmphase konnten sich jetzt gleich vier Hamburger Hochschulen durchsetzen, wie die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern heute mitgeteilt hat.

Die Universität Hamburg, das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, die HafenCity Universität Hamburg und die Hochschule für Musik und Theater bekommen wegen ihrer überzeugenden Gleichstellungskonzepte die Möglichkeit für eine Anschubfinanzierung, um gezielt Professorinnen zu berufen. Das Programm sieht vor, dass sie jeweils bis zu 150.000 Euro pro Jahr für bis zu drei Berufungen von Frauen auf unbefristete W2- und W3-Professuren für fünf Jahre erhalten können. Durch das Programm werden sowohl sogenannte Vorlaufprofessuren, d.h. Berufungen im Vorgriff auf eine künftig frei werdende oder zu schaffende Stelle, als auch Regelberufungen gefördert. Die Wissenschaftsbehörde stellt hierfür Kofinanzierungsmittel in Höhe von 1,2 Millionen Euro zur Verfügung.

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Ich beglückwünsche die vier Hamburger Hochschulen zu diesem Erfolg, der ihre überzeugende Gleichstellungspolitik eindrucksvoll bestätigt. Es ist mir ein dringendes Anliegen gewesen, trotz aller Konsolidierungsanstrengungen im Kernhaushalt der Wissenschaftsbehörde auch für die zweite Programmphase eine Kofinanzierung zur Verfügung zu stellen. Das Ziel muss es sein, dass die geförderten Professuren dauerhaft in den Strukturen der Hochschulen verstetigt werden können.“

An der ersten Ausschreibungsrunde zum zweiten Teil des Professorinnenprogramms haben nach Angaben des BMBF insgesamt 131 Hochschulen aus allen 16 Bundesländern teilgenommen, von denen 96 positiv bewertet wurden.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel

Tel: 040/42863-2322

E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

09.07.2013/fb09

Neue Bezirksamtsleiterin für den Bezirk Altona

Der Senat hat heute mit Wirkung vom 1. September 2013 Frau Dr. Liane Melzer für sechs Jahre zur neuen Leiterin des Bezirksamtes Altona bestellt. Frau Dr. Melzer ist derzeit noch Senatorin für Jugend, Soziales, Gesundheit, Schule, Sport und Kultur in der Hansestadt Rostock.

Nach den Bestimmungen des Bezirksverwaltungsgesetzes wird eine Bezirksamtsleitung dem Senat von der Bezirksversammlung mit der Mehrheit ihrer Mitglieder durch Wahl vorgeschlagen. Die Bezirksversammlung Altona hatte in ihrer Sitzung am 6. Juni 2013 mehrheitlich für Frau Dr. Melzer votiert.

Die offizielle Amtseinführung durch den Staatsrat für Bezirke, Karl Schwinke, erfolgt am 2. September 2013 um 11.30 Uhr im Bezirksamt Altona.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 17. Juli bis 26. Juli 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 22.07.2013

19:00 Ziviljustizgebäude, Sievekingplatz 1
Senatorin Jana Schiedek eröffnet die **Ausstellung „Liberales Hamburg? Homosexuellenverfolgung durch Polizei und Justiz nach 1945“**.

Mittwoch, den 24.07.2013

17:00 HAW, Hörsaal 1.12, Berliner Tor 5
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks hält im Rahmen einer Veranstaltung der Verbraucherzentrale Hamburg und dem Forum Patientenvertretung ein Referat zum **Thema „Patientinnen und Patienten ernst nehmen“**.

Donnerstag, den 25.07.2013

19:00 Rathaus, Kaisersaal
Senatorin Jana Schiedek spricht anlässlich des **Senatsempfangs zum Christopher Street Day 2013** ein Grußwort.

Freitag, den 26.07.2013

16:00 Rathaus, Kaisersaal
Senator Michael Neumann hält beim **Senatsempfang anlässlich des Vierländer-Turniers im Hockey** eine Rede.